

Ein hochschulpolitisches Armutszeugnis der Sonderklasse

Warnung des Wissenschaftsministers vor „dramatisch steigender Studierendenzahl“¹

Gero Fischer

Eine hochschulpolitische Ansage

Was will die österreichische Hochschulpolitik?

Zum Provinzlerturn noch ein Schuss Xenophobie

Debatte um Studiengebühren: Ausweichmanöver statt Nachhaltigkeit

Thema Kanalisierung der Studierwilligen

Eine hochschulpolitische Ansage

„Statt derzeit rund 240 000 könnten sich bald bis zu 300 000 Hochschüler in den Hörsälen drängen. Kein System könne einen derartigen Ansturm ohne Konsequenzen verkraften, meinte der ÖVP-Politiker [Minister Hahn] ... und fordert ... die Wiedereinführung der ... Studiengebühren“, um den in den internationalen Rankings abgerutschten Universitäten mehr finanzielle Mittel zuschießen zu können. Dazu werden noch Ausleseverfahren, Zugangsbeschränkungen zu Universitäten, zu MA-Studienprogrammen, udergl. in Betracht gezogen. Seit vielen Jahren kritisiert die OECD regelmäßig die geringe Akademikerquote in Österreich. Jetzt verzeichnen die Universitäten kontinuierliche Zuwächse an Hörern, womit die Defizite aufgeholt werden könnten. Angesichts dieser Sachlage stellt sich dringend die Frage:

Was will die österreichische Bildungs- und Hochschulpolitik?

Diese Frage kann muss mit der Gegenfrage: Ja gibt es denn überhaupt etwas, was den Namen Hochschulpolitik verdient? Auf den Ansturm der Studierenden reagiert sie nicht mit Entwicklungskonzepten sondern mit Forderungen nach Verhinderungs- und Eindämmungsstrategien. Panisch und konzeptlos muss man dieses Surrogat für Hochschulpolitik nennen, wenn sie ausgerechnet mit Studiengebühren den Andrang der Studierwilligen stoppen will. Dann dieser Stelle sei erinnert, dass damals unter der Ägide der für das Hochschulwesen zuständigen ÖVP-Ministerin – nachdem entgegen allen Versprechungen Studiengebühren eingeführt worden waren, mit Vehemenz darauf hingewiesen wurde, dass auf Grund dessen die Studierendenzahlen nicht gesunken sind, dass also diese Studienmaut in Wirklichkeit keine Barriere darstelle. Das zeugt nicht von Kontinuität sondern von opportunistischer Beliebigkeit hochschulpolitischer Argumentation, wenn jetzt Studiengebühren die Hochschulen vor der Überflutungsgefahr durch zu viele Studierwillige schützen sollen. Dass die Politik den Drang nach höherer Bildung nicht als Aufforderung und als positives Signal aufgreift, als gesellschaftliches Anliegen, dem Priorität zukommen soll, ist eigentlich unfassbar. Den Ansturm auf österreichische Universitäten hätte man ja auch als Bestätigung dafür werten können, dass Österreichs Universitäten – entgegen schlechten Platzierungen in diversen Rankings – nicht nur für ausländische Studierende so attraktiv erscheinen, dass ein Zuwachs in zweistelliger Höhe (WS 09/10: +15%) zu verzeichnen ist. Diese Abstimmung mit den Füßen nicht als einen besonderen Ansporn zu interpretieren, das Hochschulwesen augenblicklich mit den erforderlichen Mitteln – in Analogie wie die staatlichen Bankengarantien oder die Verschrottungsprämie – auszustatten – das ist provinzielles Sumpertum.

¹ Standard 12.10.09

Zum Provinzlerturn noch ein Schuss Xenophobie

Besonders verdammenswert ist in diesem Kontext noch ein anderer Aspekt, nämlich, dass dabei insbesondere in den Medien ganz offen die Vorurteilskarte gespielt wird: „Die Deutschen“ – da besonders die „Numerus-clausus-Flüchtlinge“ – seien Schuld. „Die Deutschen“ nehmen uns die Studienplätze weg – da stößt besonders widerlich die Analogie zu den bekannten arbeitsplatzbezogenen xenophoben Slogans (gerichtet gegen Asylanten, Wirtschaftsflüchtlinge etc.) auf. Hier geht es nicht mehr bloß groteske und kakanische Schrullen, sondern es handelt sich vielmehr um eine bildungspolitische Bankrotterklärung. Von der Rektorenkonferenz vorgeschlagene bilaterale Abkommen, Zahlungsausgleich u.ä. hat der Minister als „untauglich“ ohne eine eingehende Diskussion abgelehnt.

Unter widrigen Umständen bemühen sich die Universitäten die Internationalisierung voran zu treiben. Studienprogrammleitungen sind angehalten, verstärkt Internationalisierungsstrategien an den Universitäten zu realisieren, d.h. vermehrte Kooperationen, Erhöhung der internationalen Attraktivität des Bildungsangebotes, Erhöhung des Anteils internationaler Studierender in Master- und PhD-/Doktoratsstudien, Studierendenmobilität (outgoing und incoming) usw., wofür quantitative Zielwerte/Indikatoren genannt werden. Wie soll dies unter den herrschenden hochschulpolitischen Rahmenbedingungen gehen?

Debatte um Studiengebühren: Ausweichmanöver statt nachhaltiger Lösung

Natürlich stellt die Frage der Finanzierung der Hochschulen den Kern der Problemlösung dar. Qualität von Forschung und Lehre ist nur aufrecht zu erhalten, wenn entsprechend investiert wird. Wahr ist aber auch, dass sich jetzt allmählich zu rächen beginnt, was Jahrzehnte lang in der Hochschulpolitik praktiziert wurde: Aushungern und Unterfinanzierung, Mittelkürzungen, Ignorieren der Mängelerscheinungen usw. In diesem Kontext spielt die Debatte um die Wiedereinführung der Studiengebühren eine besondere Rolle.

In einer Stellungnahme² findet der für die Universitäten zuständige Minister die aktuellen Studentenproteste (3. Oktoberwoche 09) für unangemessen: „Für die Kritik am Bachelor habe ich kein Verständnis. Da demonstrieren die Studenten gegen etwas, das sie selbst nicht mehr betrifft, die Qualität der Lehre³ aber hebt. Auch die Forderung nach mehr Geld sollte man an Fakten messen: Wir haben für die kommenden drei Jahre 8,2 Milliarden Euro für die Unis veranschlagt, das ist eine 17-prozentige Steigerung. Dazu kommt noch der Ersatz der Studiengebühren aus dem Budget.“ Dass der Minister die Auswirkungen der Bologna-Architektur nicht verstehen will, ist eigenartig, hat er doch massive Probleme, den BA der Wirtschaft und dem Öffentlichen Dienst anzudienen (für letzteren ist der BA-Abschluss hinsichtlich der Gehaltsstufen nicht A-wertig). Die Erhöhung des Budgets für die Universitäten um 17% klingt viel, ist es aber nicht, es müssten die Zahlen der für die Universitäten notwendigen Investitionen herangezogen werden und nicht die, welche von der Regierung gerade eben bewilligt wurden. Das macht einen Unterschied. In Wirklichkeit müssten eigentlich die

² Presse, 24.10.09

³ Kritik an der Bologna-Architektur ist international und grundlegend. Sie zu ignorieren ist präpotent. Vgl.: Willkommen in Bologna!? <http://slawistik.univie.ac.at/studium/didaktische-plattform/> Qualitätssteigerung kann man der Bologna-Architektur beim besten Willen nicht nachsagen, vgl. meinen Artikel: Die Lehre und ihre Qualität. <http://slawistik.univie.ac.at/studium/didaktische-plattform/>

Jahrzehnte lang den Universitäten vorenthaltenen Mittel eingefordert werden, aber solche Forderungen hört man nicht einmal von der Opposition ...

Dass Studiengebühren das Finanzierungsproblem lösen sollen – auf sie zu verzichten sei ein „leichtfertiger Luxus“ (Standard 12.9.09) – sind sich Medien und insbesondere der Boulevard einig. Denn ihre Nichteinhebung sei eine Subventionierung der besser Gestellten in unserer Gesellschaft, eine Umverteilung von unten nach oben. Denn Kreiskys Kredo von der Chancengleichheit habe nicht gegriffen, der Anteil der Unterschicht habe an den Universitäten nicht signifikant zugenommen etc. Letzteres kann empirisch zwar belegt werden, jedoch setzt die Kritik an der falschen Ebene an: Wenn das (Sekundar-)Schulwesen schon so stark selektiert, will heißen die gesellschaftlich marginalisierten Gruppen keine ausreichende Förderung erfahren und nur selten den Hochschulzugang erreichen, was auch in internationalen Studien wiederholt festgestellt und kritisiert wird, dann darf man sich nicht wundern, dass diese Gruppen an den Hochschulen auch entsprechend unterrepräsentiert sind. Damit ist klar, dass in erster Linie am österreichischen Schulwesen der Hebel anzusetzen wäre, den Zugang zur Höheren Bildung zu erweitern. Die unter der schwarz-blauen Koalition eingeführten Studiengebühren wurden zur Behübschung des Budgets („Nulldefizit“) verbraucht. Wären sie unter dem Aspekt einer Anschubfinanzierung für eine effektive Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, der Ausstattung der universitären Einrichtungen, der Institute, Bibliotheken, Labors etc. gestanden, so wären sie zwar unpopulär aber doch noch verständlich gewesen. Die Frage muss sich heute stellen, wohin das Geld geflossen ist, wenn nach wie vor hoffnungslos überfüllte LV (Proseminare, Seminare mit 90 und mehr Hörern, etc.) in Parallelkursen aufzufangen, die Realität sind, die Mittel für Projekte nicht reichen, um talentierten Studierenden in ausreichendem Maß Förderung sowie praktische Erfahrung in wissenschaftlichen Projekten anzubieten etc. Tatsache ist auch eine kontinuierliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für neue Dienstposten (Professoren, Assistenten, Lektoren, sonstige Bedienstete). Wir haben daher allen Grund, besonders skeptisch zu sein, dass Studiengebühren hinsichtlich der Qualität der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Lehre an den Universitäten Verbesserungen bringen sollen. Um die Strukturprobleme des Hochschulwesens zu beheben müssen erheblich mehr Mittel in die Hand genommen werden als die Studiengebühren einbringen können – es sei denn man würde sie drastisch erhöhen ... Es kommt daher nicht von ungefähr, wenn man ja schon laut über eine Kreditfinanzierung der Studien nachdenkt. Jedoch nicht allen absolvierten Akademikern – vor allem den Praktikanten, Projektmitarbeitern und allen denjenigen, die sich in akademischen prekären Arbeitsverhältnissen verdingen müssen – wird es leicht fallen, dann ihre Kreditschulden jahrelang abzustottern.

Studiengebühren zu verteidigen bzw. sie unter den derzeit herrschenden materiellen Bedingungen der Universitäten wieder einführen zu wollen ist auch schon aus Konsumentenschutzgründen eine Provokation und schlicht eine Zumutung. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass die Studiengebühren nicht mit einem Schlag die Betreuungsverhältnisse verbessern, überfüllte Hörsäle, Wartelisten für Seminaranmeldungen etc. obsolet werden lassen, oder dass sie den Zustand der Bibliotheken, Laborplätze, die technische Ausstattung der Hörsäle usw. sofort heben würden. Wenn schon die Nichteinhebung der Studiengebühren als Luxus und als Entlastung der Betuchten medial gebrandmarkt wird, was ist dann der Verzicht der Politik auf Erbschafts- und Vermögensteuer, wie sind Steuervergünstigungen bei Stiftun-

gen, die absurde Verschrottungsprämie, Stützung von Banken mit zweifel- und auf jeden Fall schuldhafter Finanzgebarung, Verspielen öffentlicher Gelder auf breiter Ebene in vielen fragwürdigen Projekten zu qualifizieren? Nur ein Teil dieser dafür verwendeten Mittel in die Hochschulen gesteckt – was wären das für Perspektiven! Doch selbst der Bundeskanzler hat in einer Feiertagsrede (26.10.09) „Studieren unter“ bloß „akzeptablen Bedingungen“ gefordert – nicht unter exzellenten oder hervorragenden. Was heißt „akzeptabel“ im aktuellen Kontext der universitären Lehre, nach Jahren der Anpassung an immer trister werdende Verhältnisse. Muss da nicht der Qualitätsbegriff „akzeptabel“ eher als Absage an einen grundlegenden Verbesserungswillen interpretiert werden? Jedenfalls: Progressive Forderungen sehen anders aus.

Thema Kanalisierung der Studierwilligen

Es ist sicherlich ein Problem, dass sich 60% der Studienanfänger auf nur 10% der Studienrichtungen verteilen. Modetrends und Verlegenheitsentscheidungen verschärfen die Situation und stürzen bestimmte Fächer in nicht zu bewältigende Kapazitätskrisen. Wenn man das anders haben will, dann muss entsprechend in Informationen, Beratung der Schüler ab der Sekundarstufe II investiert werden. Die pompöse Berufs- und Studieninformationsmesse einmal im Jahr in der Wiener Stadthalle kann das offensichtliche Manko an nachhaltigem Informations- und Beratungsbedarf nicht abdecken. Verschiedentlich wird auch der Vorschlag (in Analogie zu Spitzenuniversitäten in den USA, Großbritannien u.a.) gemacht, dass sich angehende Studenten schriftlich um ein Studium bewerben und anschließend ein Interview absolvieren sollen. Dieses Verfahren ist allerdings aufwändig, es beinhaltet insbesondere die Komponente der Beratung, das die Möglichkeit bietet, Bewerbern zusätzliche Orientierungen, Alternativen zur intendierten Studienrichtung anzubieten (formalisierte, standardisierte Tests sind billiger, zugegeben, aber weitaus weniger fair). Die Sache ist aber: Kostenneutral ist das nicht zu haben. Wer soll die Bewerbungen von etwa 200 Studienanfängern (derzeit an der Slawistik in Wien) begutachten und die Interviews führen? Mit dem aktuell bestehenden Personalstand wäre dies ein absurdes Unterfangen.

Schluss

Für die herrschenden prekären Zustände an den Hochschulen tragen nicht „die Deutschen“ oder sonst Ausländer Schuld, sondern einzig und allein dafür ist die jahrzehntelange Verlotterung der Hochschullandschaft und des Bildungswesens in Österreich durch die heimische Politik verantwortlich zu machen. Der Verzicht auf Studiengebühren hat die Akademikerquote in Österreich nicht erhöht und andererseits ist es irrig/irreführend von der Einhebung von Studiengebühren die Lösung der Finanzierungsproblematik zu erhoffen. Die Debatte über Studiengebühren muss man eher als billige Ablenkung von der Frage der Verantwortung um und den Stellenwert der Hochschulbildung werten. Oder wie es Lisa Nimmervoll in einem Kommentar⁴ zu jüngsten studentischen Revolte gegen die herrschenden Verhältnisse auf akademischem Boden formuliert: „Irgendwer muss ja endlich aufstehen, nachdem Aufschreien offenkundig weder diese Regierung noch die davor auch nur irgendwie gekratzt hat. Denn auf die Missstände im Hochschulbereich – insbesondere an den Universitäten, die gegenüber den Fachhochschulen regelrecht mit politischem Vorsatz der Verrottung preisgegeben werden – machen die dort Verantwortlichen, die Rektoren, seit vielen Jahren aufmerksam und durften

⁴ Standard 24/25/26.10.09: „Herz der Finsternis“

sich dafür von den politisch Verantwortlichen als hysterische Kassandras hinstellen lassen. Dabei haben sie nur angesprochen, was Faktum ist: Die Universitäten haben viel zu wenig Geld. Seit Jahren. Man muss dazu erst gar nicht das Reizthema Studiengebühren bemühen. Das ist ein Randthema, das vom Grundproblem trefflich ablenkt. ... Das ist das Dilemma der hiesigen Uni-Politik. Sie ist de facto inexistent. Intellektueller Unverstand, ideologischer Unwille, politisches Unvermögen – was immer die Gründe sein mögen, es ist ein politisches Nichts, das die Universitäten umzingelt. ... Und die Regierung? Gab es von Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll jemals einen inspirierenden, zukunftsweisenden Gedanken zur Uni-Politik? Eben. ... Das ist etwas dürftig für eine Regierung. Im Uni-Bereich ist Rot-Schwarz bis jetzt ein Totalversager. Diese Regierung muss die Uni-Finanzierungslage lösen – dann hat sie auch ihre Antwort auf die Frage, welchen Grad an Freiheit des Hochschulzuganges sie sich und für das Land leisten will.“